

**Wesentliche gesellschaftspolitische Inhalte
der Plenumsitzung des EWSA am 14. und 15 Februar 2012 in Brüssel**

Resolution „Mehr Europa“: In Bezug auf die andauernde Wirtschaftskrise in vielen Mitgliedstaaten wird an die Europäer appelliert, zu erkennen, dass die Lösung der Probleme in einem „mehr Europa“ und nicht in einzelstaatlichen Lösungen gesucht werden kann. Es wird eine EU-Politik gefordert, die nicht mehr als Förderer von Armut, finanzieller Ausblutung und sozialem Rückschritt wahrgenommen wird. Die EU muss gezielt Anreize für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung setzen. Im Gegensatz zu den Kürzungsplänen Großbritanniens, Deutschlands und anderer Staaten wird gefordert, den EU Haushalt auszuweiten und gezielt in der Krisenbekämpfung einzusetzen. Die Europäische Investitionsbank, die Sozialwirtschaft und die Organisationen der Zivilgesellschaft sollen dabei eine stärkere Rolle spielen. Ein Fokus liegt auf der Bildung und Beschäftigung der jungen Generation.

SOC 463 Arbeitsplatzintensiver Aufschwung: Angesichts des Fortdauerns der Krise und der damit verbundenen Spaltung Europas fordert der EWSA eine aktive und solidarische Politik der EU und der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr Beschäftigung. Neben der Mobilisierung privater und öffentlicher Investitionen sind eine Umsetzung der Jugendgarantie und die Einführung dualer Ausbildungssysteme im Fokus der Forderungen. Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Risikokapital und Qualifizierungsoffensiven sind weitere Punkte des Papiers. Der EWSA nimmt damit Stellung zu einer Mitteilung der Kommission zum „arbeitsplatzintensiven Aufschwung“.

SOC 448 Gesellschaftliche Einbeziehung und Teilhabe älterer Menschen: Die Initiativstellungnahme betont die Bedeutung der älteren Menschen für die Gesellschaft und hebt ihr Wissen, ihre Fertigkeiten und Erfahrungen hervor, welche an die kommende Generation weiterzugeben seien. Die Solidarität zwischen den Generationen, die Rechte auf politische, digitale sowie gesellschaftliche Teilhaberechte älterer Menschen stehen im Mittelpunkt der Stellungnahme. Eine wichtige Forderung ist die freie Selbstbestimmung über den Zeitpunkt des Renteneintritts. Unternehmen sollten sich stärker auf die Beschäftigung und Produktbedürfnisse älterer Arbeitnehmer einstellen.

SOC 423 Art. 11 Abs. 1 und 2 des Lissabon-Vertrages: Der EWSA sieht diese Vertragsregelung zur Beteiligung der Bürger und der Zivilgesellschaft, anders als die Kommission, nicht als Beschreibung der aktuellen Realität, sondern als Aufgabe zur Umsetzung in konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung auf europäischer, staatlicher und lokaler Ebene an. Die partizipative Demokratie wird vom EWSA als komplementärer Ansatz im Verhältnis zur repräsentativen Demokratie bezeichnet. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung wird auch als ein Mittel zur Stärkung der demokratischen Legitimität insbesondere in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise angesehen. Zu den konkreten Vorschlägen des EWSA zählt eine Datenbank der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf EU-Ebene und eine jährliche Großveranstaltung zur Bürgerpartizipation.

REX 363 Die externe Dimension der Koordinierung im Bereich der sozialen Sicherheit in der EU: Angesichts der Verstärkung des globalen Handels und der Migrationsströme wird eine bessere internationale Verbreitung von Sozialstandards in Form einer sozialen Globalisierung gefordert. Außerdem wird das Ziel der Kommissionsmitteilung begrüßt, eine bessere Koordinierung der Systeme sozialer Sicherheit im Verhältnis zu Drittstaaten zu schaffen, insbesondere Sozialversicherungsabkommen welche einzelne Mitgliedstaaten mit Drittstaaten schließen, sollen besser abgestimmt und auf ihre Übereinstimmung mit EU-Standards überprüft werden. Staaten, welche die ILO-Standards anstreben, sollen bevorzugte Vertragspartner sein.

INT 647 Modernisierung des Beihilferechts: Der EWSA betont die Notwendigkeit einer Ausrichtung auch der Beihilfenpolitik auf die EU-Strategie 2020. Er unterstützt das Ziel einer wirksameren Aufgabenverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten und unterstreicht die Notwendigkeit verfahrenstechnischer Verbesserungen. Innovationen und Bildung und Befähigung sollten neben anderen Zielen der Strategie 2020 leitend für die Beihilfepolitik sein. Der EWSA weist daraufhin, dass das von der Kommission mit der Beihilfepolitik in Verbindung gebrachte „Marktversagen“ auch durch unfaire Machtverhältnisse auf dem Markt bedingt sein kann. Die Schwelle für De minimis-Beihilfen sollte zudem dauerhaft von 200.000 auf 500.000 Euro angehoben werden. Konzepte staatlicher Beihilfen sollen schutzbedürftige Gruppen der Gesellschaft berücksichtigen. Der EWSA warnt die Kommission angesichts der Rückverlagerung von Kompetenzen in die Mitgliedstaaten vor Mängeln der einheitlichen Umsetzung der Beihilferegeln und der Rückkehr eines überholten nationalen Denkens. Der EWSA mahnt, einen weltweiten Ansatz für faire Wettbewerbsbedingungen zu

verfolgen. Es wird die Erarbeitung eines praktischen Leitfadens in allen EU-Sprachen empfohlen.

INT 649 Europäische Verbraucheragenda: Der EWSA unterstützt im Wesentlichen die Agenda der Kommission. Diese beziehen sich auf eine höhere Verbrauchersicherheit in Bezug auf die gesamte Produktions- und Vermarktungskette sowie auf bessere Verbraucherinformationen und eine bessere Durchsetzung von Verbraucherrechten. Der EWSA betont die Wichtigkeit der Maßnahmen zur Steigerung der sozialen Verantwortung von Unternehmen. Er fordert strengere ethische und ökologische Maßstäbe bei der Produktion und Vermarktung von Gütern aus Drittstaaten.

Themen neuer Studiengruppen sind u.a.: Online-Glücksspiele, Hilfsfonds für die Ärmsten, Jugend-Paket, Die Rolle von Genossenschaften für die Sozialwirtschaft.

Prof. Dr. Bernd Schlüter, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss